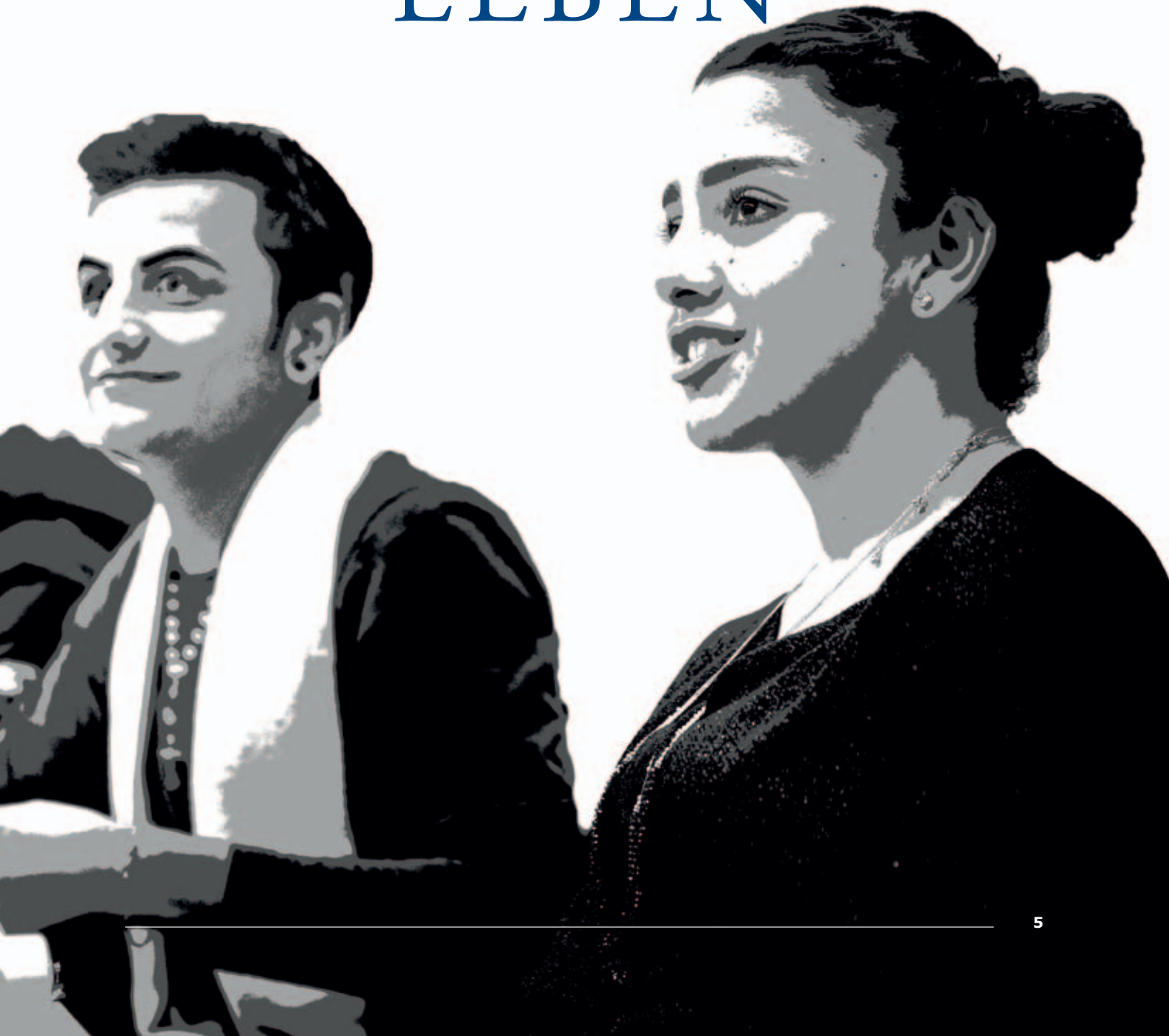


GEMEINSAME WERTE LEBEN



Gesellschaftlicher Zusammenhalt, einende Werte, Leitbilder und Identität – Dauerthemen, die mit dem Jahresmotiv 2016 einmal mehr Aufmerksamkeit erhielten.

WAS UNS PRÄGT – WAS UNS EINT

Franke Gottwald

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen; der Flüchtlingszuzug und die Debatten um Migration und Integration verlangen nach Gestaltung. Fragen nach einer gemeinsamen Identität, einem nationalen und europäischen Wir-Gefühl und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt sind von neuer Aktualität. Aus diesem Grund wählte die Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 „Was uns prägt – Was uns eint“ als Jahresmotiv.

Dabei beleuchtete sie das Flüchtlingsgeschehen in seinen vielfältigen Dimensionen, skizzierte unmittelbare wie auch längerfristige Erklärungs- und Handlungsansätze und brachte Perspektiven aus anderen Weltregionen ein. Seien es die Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf den Libanon, Sicherheitspolitik und Demokratieförderung in Westafrika oder Ressourcenkooperation als friedenssichernde

Maßnahme im Nahen Osten – mit unserem Reportageformat „Lage.Bericht“ gelang es, am Beispiel unserer Auslandsarbeit zu zeigen, warum politischer Dialog so wichtig ist. Zudem wurden auch Stimmen eingefangen, die den Alltag in Flüchtlingscamps eindrücklich schildern können.

Gedankliche Klarheit und ehrliche Debatten

Ein wesentliches Anliegen der Stiftung war und ist es, in einer Debatte – in der Flüchtlingspolitik, Asylrecht, Einwanderung, Arbeitskräftemigration oder EU-Freizügigkeit oft unterschiedslos vermischt werden – zur gedanklichen Klarheit beizutragen. Auch gilt es, Überfremdungsängste, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und politisch motivierte Gewalt kritisch zu thematisieren. Dieser Aspekte haben wir

uns in einer Vielzahl von Veranstaltungen, insbesondere regional durch Angebote der Politischen Bildungsforen, angenommen. In Dresden nahm die Reihe „Grenzen im Zeichen der Entgrenzung“ mit namhaften Referenten unterschiedlicher Disziplinen den Begriff „Grenzen“ in all seinen Facetten in den Blick. Denn in vielen Fragen – wie etwa zu Zielen und Grenzen von Integration – sind unterschiedliche Meinungen möglich. Dies spiegelte sich auch in der Ausgabe „Wir“ der Politischen Meinung wider, unter anderem mit Beiträgen von Herfried Münkler, Julia Klöckner und Udo di Fabio.

Die Stiftung bietet stets Raum für einen gesellschaftlichen, politischen und intellektuellen Diskurs darüber, was unsere Gemeinschaft ausmacht. Die Debatte über die ideellen Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft, die Bedingungen unserer demokratischen Ordnung und die Voraussetzungen der Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu führen und mitzuprägen – das ist unser Anspruch und das christliche Menschenbild unser Kompass. Die „Bonner Rede zur Demokratie“ richtete den Blick auf Artikel 2 des Grundgesetzes; Stipendiaten der Begabtenförderung befassten sich mit Heterogenität und Identität; die JugendpolitikTage widmeten sich ebenfalls dem Jahresmotiv.

Am Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 erteilte der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, rückwärtsgewandten Debatten eine klare Absage. Er forderte, über das zu sprechen, was uns in Zukunft einen und prägen soll, anstatt über die Vergangenheit zu debattieren. Dies steht im Einklang mit den Fragen, die wir 2016 zu klären suchten: Welches sind die einenden und bindenden Werte? Wie lassen sie sich für die Gegenwart „neu übersetzen“ und in Zukunft leben?

Klare Leitbilder und positive Identifikation

Um auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren, reicht es nicht, sich seiner selbst zu vergewissern. Wir wollen auch aufzeigen, welches geistig-kulturelle Zuhause wir Zuwanderern und Flüchtlingen bieten. Sozial geteiltes und verbindliches Wissen darüber, welche Spielregeln die Gesellschaft hat, stellt ein bedeutendes Element von Identität dar. Es gilt, diejenigen, die langfristig bleiben werden, mit den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, mit Regeln und Traditionen vertraut zu machen und sie einzubinden in demokratisches Engagement. Die Filmreihe „Was uns prägt – Was uns eint“ zeigt – einfach, anschaulich und auch in arabischer Sprache verfügbar – die zentralen Werte unserer Demokratie.

Soll die Integration von Zuwanderern keine 20 oder 30 Jahre dauern, sollten sie bei diesem Prozess unterstützt und ermuntert werden. Dies belegt unter anderem eine Studie der Stiftung, die Einstellungen von Migranten und Ausländern sowie die Integration von Muslimen untersuchte. Die Ergebnisse sprechen für ein Integrationsgesetz, welches neben der strukturellen und kulturellen Integration in Form von Sprachkenntnissen auch die soziale und kulturelle Integration berücksichtigt.

„Was uns prägt – Was uns eint“: Dieses Jahresmotiv ermutigt, über unsere Identität nachzudenken, unablässig danach zu suchen und ein positives Selbstbild zu entwickeln. Leitbilder und die Wertschätzung einer Kultur des Zusammenhalts und der Anerkennung sind zentrale Ressourcen einer offenen, mutigen und innovationsstarken Gesellschaft. So schaffen wir Vertrauen, positiv in die Zukunft zu blicken.

Um Fluchtursachen zu mindern, Migration zu lenken und Integration zu fördern, arbeiten wir mit Akteuren auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zusammen.

MIGRATION UND INTEGRATION

Dr. Christina Krause | Benedict Göbel

Flucht, Migration und Integration beschäftigen die Deutschen seit dem Sommer 2015 intensiv. Für 81 Prozent von ihnen gehörten diese Bereiche laut Politbarometer im Januar 2016 zu den mit Abstand wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft des Landes. Bei der Erläuterung der Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie der Suche nach Lösungen für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben ist die Konrad-Adenauer-Stiftung an der Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft besonders gefragt. National und international haben wir 2016 rund 300 Maßnahmen umgesetzt, darunter Diskussionen, Workshops, Planspiele und Schulungen, aber auch Stipendien, Informationsmaterialien, Beratungspapiere und Studien. Um ihre Arbeit hauptabteilungsübergreifend zu koordinieren, rief die Stiftung im September 2016 die Arbeitsgruppe „Integration und Migration“ ins Leben.

Globale Herausforderung

International beteiligten sich unsere Auslandsbüros intensiv an den politischen Diskussions- und Reformprozessen. Um Fluchtursachen zu mindern, Migration zu lenken und Integration zu ermöglichen, gilt es, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken. Unsere Aufgabe ist es hierbei, Situationen zu analysieren, Perspektiven zu vermitteln und einen konstruktiven Dialog aufzubauen. Wir machen auf Probleme aufmerksam und arbeiten mit lokalen, nationalen und internationalen Akteuren an Lösungen. So setzten wir uns im Libanon, in Jordanien und im Nordirak mit Maßnahmen in den Bereichen Konfliktprävention, Rechtsstaatspflege sowie bei Aufbau und Stärkung von Kapazitäten für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen in den Aufnahmeländern ein. Seit 2016 leisten das

neu gegründete Regionalprogramm „Politischer Dialog und regionale Integration im südlichen Mittelmeer“ und das neu eröffnete Auslandsbüro in New York bei den Vereinten Nationen wichtige Beiträge in diesem Bereich.

Auf europäischer Ebene trug die Stiftung mit Analysen, Workshops und Dialogprogrammen dazu bei, einen Austausch der Perspektiven von Griechenland bis nach Schweden zu ermöglichen, die deutsche Position zu vermitteln und Vertrauen und Solidarität in Europa zurückzugewinnen. Besonders intensiv war der Austausch mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten, die nach wie vor einen starken Migrationsdruck erfahren und/oder einer Verteilung von Schutzsuchenden ablehnend gegenüberstehen.

Zusammenarbeit auf allen Ebenen

In Deutschland informierten die 18 politischen Bildungsforen und Regionalbüros über Probleme, Lösungen und Initiativen rund um die Themen Flüchtlinge und Integration. Sie förderten den Dialog mit den Bürgern und arbeiteten an der Vermittlung von Best Practices im Umgang mit Flüchtlingen. Die Journalistische Nachwuchsförderung ging im Magazin „Neuland“ der Frage nach, wie sich unser Land durch die vielen neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger verändert. In Berlin sensibilisierte die Akademie mit ihrer Veranstaltungsreihe „Kulturgeschichten“ für das Schicksal von Menschen mit Migrationshintergrund. Einen engen Bezug zu dem Thema konnten Stipendiaten und junge Altstipendiaten der Begabtenförderung im Rahmen des Studienpatenschaftsprogramms „Senkrechtstarter“ herstellen, in dem sie begabte junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf ihrem Weg an die Universität begleiteten.

2016 haben sich zudem erstmals auch Flüchtlinge für unsere Studien-Stipendien bewerben können. Neun von ihnen erhielten eine Zusage.

Die Stiftung stand Entscheiderinnen und Entscheidern auch mit ihrer Grundlagenberatung beratend zur Seite. Über die Chancen und Herausforderungen des Zusammenlebens informierte die Studie „Was uns prägt – Was uns eint“ zu Integration und Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern in Deutschland. Die Reihe „Perspektiven der Integrationspolitik“ nahm die Integrationspraxis in anderen Ländern Europas in den Blick, während integrationsrelevante religionspolitische Themen im „Monitor Religion und Politik“ aufgegriffen wurden. Mit den zentralen Werten unserer Demokratie setzte sich die Kurzfilm-Reihe „Was uns prägt – Was uns eint“, anschaulich und in mehreren Sprachen, auseinander.

Zukunftsweisende Grundsatzthemen

Im Laufe des Jahres 2016 hat sich die Einsicht verfestigt, dass Integration und Migration nicht unabhängig von grundsätzlicheren Fragen betrachtet werden können. Im Mittelpunkt stehen der Umgang mit dem eigenen nationalen Selbstverständnis, der eigenen Kultur und jenen Werten, die unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zugrunde liegen. Diese Fragen rücken in einer religiös und ethnisch vielfältigeren Gesellschaft immer stärker in den Vordergrund. Die Frage nach dem, was uns in Deutschland prägt und eint, bleibt auch in den nächsten Jahren eine große Herausforderung für Deutschland. Doch in den vergangenen Jahren wurde viel erreicht, was uns Vertrauen in die Zukunft gibt.

Dem oft von Kulturpessimismus und Freude am Scheitern geprägten Diskurs der Europakritiker setzen wir ein positives, christdemokratisch geprägtes Europabild entgegen.

DIE ZUKUNFT EUROPAS – EUROPA UNSERE ZUKUNFT

Olaf Wientzek | Dr. Lars Hänsel

2016 hat die EU einige ihrer schwersten Stunden erlebt: In einem Referendum entschied sich eine knappe Mehrheit der Briten für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Damit wird voraussichtlich 2019 erstmals ein Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlassen. Andere Krisen und deren Nachwirkungen, mit denen sich die EU bereits zuvor auseinandersetzen musste, blieben virulent: Die Flüchtlingskrise erreichte Anfang des Jahres ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt, die Nachbarschaft Europas blieb – auch durch Russlands aktives Zutun – volatil. Griechenland hat seine Krise noch nicht überwunden. Darüber hinaus warf das Handeln einiger Regierungen Fragen hinsichtlich der rechtsstaatlichen Entwicklung ihrer Länder auf. Jenseits dieser Krisen sah sich die EU 2016 zunehmend mit einem von linken wie rechten Populisten propagierten Narrativ konfrontiert, das ihr Werte-

fundament infrage stellt: Jenes steht für Protektionismus, Abschottung und eine nationalistische, anti-europäische Weltsicht verbunden mit Bewunderung für ein autokratisches Herrschaftssystem.

Dennoch hat die EU trotz aller Krisen 2016 durchaus auch Signale der Handlungsfähigkeit vermitteln können, die Anlass zur Hoffnung geben: Die Eurozone ist zu einem soliden Wirtschaftswachstum zurückgekehrt, es gelangen erste wichtige Schritte hin zu einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik. Zudem rückten die EU-27 nach dem Brexit enger zusammen und begannen einen Reflexionsprozess über die Zukunft der Union. Die Unterstützung für einen möglichen Austritt aus der EU ist nach dem Brexit-Votum in zahlreichen Ländern inzwischen wieder spürbar zurückgegangen: Die Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist unzufrie-

den mit der Performance der EU, aber nicht gegen die europäische Integration als solche.

Der Kontrast der seit über 70 Jahren andauernden Epoche des Friedens und des Wohlstands in der EU zur dramatischen Situation in ihrer unmittelbaren östlichen und südlichen Nachbarschaft verdeutlicht die Notwendigkeit eines unermüdlichen Einsatzes für die europäische Integration. Der europäische Gedanke bleibt daher für die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Kernbereich ihrer Arbeit als Europa-Stiftung. Sie konzentrierte ihre europapolitische Arbeit 2016 auf die Vermittlung aktueller EU-Politik, die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Gesellschaften der verschiedenen Mitgliedstaaten sowie darauf, die Diskussion über die Zukunft Europas aus christdemokratischer Perspektive zu prägen.

Dem oftmals von Kulturpessimismus und Freude am Scheitern geprägten Diskurs der Europakritiker setzten wir ein positives, christdemokratisch geprägtes Europabild entgegen, das sich auf Stabilität, Solidarität, Subsidiarität und das gemeinsame europäische Wertefundament gründet: Gemeinsam mit hochrangigen europäischen Persönlichkeiten veröffentlichte unser Vorsitzender, Hans-Gert Pöttering, in Printmedien von über 20 EU-Ländern Appelle für ein mutiges Bekenntnis zu Europa und für mehr Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der inneren wie äußeren Sicherheit. Mit Publikationen, u. a. über die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise, trug die Stiftung zu einem klareren Bild über die Errungenschaften der EU bei.

Das europäische Integrationsprojekt kann nur gelingen, wenn es auf starken bilateralen Beziehungen und gegenseitigem Verständnis basiert. Durch Staatsschulden- und Flüchtlingskrise waren die

Beziehungen zwischen Nord, Süd, Ost und West erheblichen Belastungen ausgesetzt. Unsere EU-Auslandsbüros nehmen daher eine wichtige Mittlerfunktion wahr: Mithilfe von Vortragsveranstaltungen, Seminaren, Dialog- und Informationsprogrammen mit Politikern sowie Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Nachwuchskräften und Zivilgesellschaft trugen sie europaweit zu einem besseren Verständnis deutscher europapolitischer Positionen bei. Gleichzeitig förderte die Stiftung damit sowie mit ihrer umfassenden Berichterstattung aus den europäischen Einsatzländern auch das Verständnis für die Haltung anderer Mitgliedstaaten. Mehrere bilaterale Diskussionsformate zu europapolitischen Fragen wurden für Teilnehmende aus anderen EU-Ländern geöffnet, um somit regionenübergreifend zum Zusammenwachsen der EU und zu einem besseren wechselseitigen Verständnis beizutragen. Ferner schuf die Stiftung mit „12 Städte – 12 Sterne“ ein länderübergreifendes öffentliches Veranstaltungsformat zu unterschiedlichen Feldern der Europapolitik.

Darüber hinaus haben wir uns ausführlich in die Diskussion über die Zukunft der EU eingebracht: Zum einen durch die Arbeit in einer neu gegründeten „Reflexionsgruppe“ zur Zukunft Europas, zum anderen in Publikationen mit konkreten Handlungsempfehlungen zur Migrations- und Sicherheitspolitik und künftigen Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der EU in der südlichen Nachbarschaft. Damit die EU dauerhaft eine Gemeinschaft des Friedens und des Wohlstands bleiben kann, ist sie auf eine demokratische sowie wirtschaftlich und politisch stabile Nachbarschaft angewiesen: Mithin hat die Stiftung in ihren Büros im westlichen Balkan sowie in den Ländern der östlichen Nachbarschaft durch Dialogprogramme, Beratung und Seminare dazu beigetragen, Demokratisierungs- und Europäisierungsprozesse zu stärken.

Die Herausforderungen der Demokratie können eine Chance sein, denn sie sensibilisieren für den Wert demokratischer Institutionen.

FREIHEITLICHE GESELLSCHAFT UND WEHRHAFTE DEMOKRATIE

Franziska Fislage | Tobias Montag

Das Jahr 2016 hat uns vor Augen geführt, wie verletzlich Demokratien sind. Von innen und außen werden sie herausgefordert. In Europa und den USA machen populistische Bewegungen von sich reden, die Einzelinteressen zum „Volkswillen“ erklären und zunehmend offensiv auftreten. Sie sehen Parlamente als Spielwiese einer angeblich bürgerfernen Politikerkaste an. Das Ringen um gemeinwohlorientierte Mehrheitsentscheidungen und Kompromisse erscheint ihnen als Zumutung. In Deutschland befeuern Populisten den Ruf nach mehr direkter Demokratie und Transparenz, aber nur solange es nicht um ihre eigenen Interessen geht. Großbritanniens Brexit-Befürworter attackierten Westminster, als es Abgeordnete beider Häuser wagten, auf die Parlamentsouveränität auch bei der Frage des EU-Austritts zu pochen. Den Richtern, die in dieser Frage letztlich zu entscheiden hatten, erging

es nicht besser. In den USA – der Vormacht der westlichen Demokratien – wird über „Alternative Wahrheiten“ diskutiert, die die Politik prägen.

Mit Unbehagen sehen wir den scheinbar ungebrochenen Vormarsch des Autoritarismus beispielsweise in Russland und der Türkei. Desinformationskampagnen und Social Bots ausländischer Mächte versuchen, Wahlkämpfe zu beeinflussen und die Innenpolitik anderer Länder zu steuern. Gesellschaften lassen sich zwar nicht einfach auf Knopfdruck lenken, auch wenn die „Sozialtechnik“ noch so raffiniert sein mag. Sorge bereitet aber das Misstrauen, das langsam durchsickern und die demokratischen Institutionen aufweichen könnte. Die Frage steht im Raum: Wie ist es um ein Parlament, eine Regierung bestellt, wenn die Gefahr besteht, dass Wahlen von autoritären Mächten manipuliert

werden können? Wenn „Roboter“ Meinungsbildung betreiben? Wenn die Grundfesten der repräsentativen Demokratie wanken? Steht die Legitimität demokratischer Institutionen am Ende auf dem Prüfstand, haben die Feinde der Demokratie ihr Ziel längst erreicht.

Unsere Werte verteidigen

Genau das gilt es zu verhindern – doch wie? Einige in Deutschland reagieren eher schwerfällig auf die Herausforderungen der Demokratie. Offenbar haben sie unsere Grundwerte vergessen und verlernt, sie zu verteidigen. Wer von diesen Verzagten traut sich heute noch, die Anwürfe der Befürworter der direkten Demokratie gegen den Parlamentarismus zurückzuweisen? Da wird schnell der Vorwurf laut, undemokratisch zu sein. Als wären vermeintlich „basisdemokratische“ Volksbegehren und Volksentscheide, die überwiegend von interessengeleiteten, ebenso kleinen wie gut organisierten Minderheiten-gruppen dominiert werden, demokratischer. Warum müssen sich Abgeordnete den Vorwurf gefallen lassen, sie hätten die Regierungspolitik nicht aus freiem Willen mitgetragen, sondern weil Druck auf sie ausgeübt worden sei? Zu oft verbirgt sich hinter solchen von der Konrad-Adenauer-Stiftung untersuchten Verschwörungstheorien lediglich der Unwille, einer Mehrheitsentscheidung zu folgen. Dabei gehört auch das zur Demokratie! Am Ende eines ausgewogenen Meinungsbildungsprozesses steht eine Entscheidung. Und diese kann immer auch von der Minderheit akzeptiert werden, weil unser Rechtsstaat deren Grundrechte seit Jahrzehnten zuverlässig schützt und ihnen die Chance gibt, für ihre Position um eine Mehrheit zu werben. Wer als Teil einer Minderheit gegen den gesellschaftlichen

Konsens aufbegehrt und diesen dabei als „politische Korrektheit“ und „vom Volk entkoppelt“ abtut, kaschiert damit lediglich seine demokratiefeindliche Haltung. Das fällt nur auf fruchtbaren Boden, weil wir dem künstlich errichteten Gegensatz zwischen Politik und Bürgern zu lange nicht entschieden widersprochen haben.

Die Herausforderungen der Demokratie können aber auch eine Chance sein, denn sie sensibilisieren für den Wert demokratischer Institutionen. Sie führen durch ihre Gegenspieler vor Augen, dass Politik immer auch etwas mit Verantwortung für das Gemeinwesen zu tun hat. Sie machen deutlich, dass das Wohl des Einzelnen und ein funktionierendes Gemeinwesen zusammenhängen. Es wäre somit auch möglich, dass aus dieser Diskussion am Ende überraschend ein modernes und weltoffenes Demokratieverständnis hervorgeht. Ein Demokratieverständnis, bei dem Vaterlandsliebe und Republik zusammengehören. Bei dem die demokratische Verfassung zur politischen Identität beiträgt. Auf dem die Bürger ein Gemeinwesen gründen, zu dem jeder dazugehören kann, der dessen Regeln anerkennt und dessen Werte lebt.

Mit unserer Publikation „Die bessere Demokratie. Grundsätze für eine repräsentative Ordnung“ wollen wir ermuntern, in Zeiten der Infragestellung der Demokratie Haltung zu bewahren. Die Bürger haben die Zukunft unseres Gemeinwesens selbst in der Hand. Dies macht die Wehrhaftigkeit der Demokratie aus.

Die Demokratien des Westens stehen unter Druck – von außen wie von innen. Es gilt offenzulegen, wie kurzsichtig und gefährlich anti-liberale Alternativen sind.

DIE ZUKUNFT DES WESTENS

Dr. Patrick Keller | Nico Lange

Die freiheitlichen Demokratien des Westens, geprägt von Aufklärung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Demokratie und Marktwirtschaft, stehen von außen und von innen unter Druck. Anti-liberale Akteure wie Russland, China oder der Iran versuchen, ihren Einflussbereich auszudehnen. Dadurch unterminieren sie die regelbasierte, freiheitliche internationale Ordnung, die für demokratische Handelsnationen wie Deutschland von existenzieller Bedeutung ist.

Der Erfolg dieser Akteure ist möglich, weil die USA schwächeln. Keine andere westliche Macht verfügt über die Stärke und die politische Geschlossenheit, die Rolle der USA als Garantiemacht der liberalen internationalen Ordnung zu erfüllen. Unter Präsident Obama aber haben sich die USA weitgehend von dieser Rolle verabschiedet. Ob der Rückzug aus

dem Irak und Afghanistan, die Zurückhaltung in der Ukraine, folgenlose Drohungen in Syrien, drastische Kürzungen im Verteidigungshaushalt, die militärisch nicht unterfütterte Ankündigung einer Hinwendung nach Asien-Pazifik – so berechtigt diese und weitere Entscheidungen gewesen sein mögen, sie schufen den Raum, den nun anti-westliche Kräfte füllen.

Vor diesem Hintergrund arbeitete die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Vereinigten Staaten 2016 mit dem Carnegie Endowment for International Peace in der „Task Force on US Policy toward Russia, Ukraine, and Eurasia“ zusammen. Gespräche und Konferenzen widmeten sich der Frage, wie man eine regionale Ordnung in diesem für die EU essentiell wichtigen Gebiet sichern kann. Ebenfalls auf der Agenda stand die transatlantische Verständigung mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten. Das Projekt „Future of

Iraq“ brachte Experten aus Politik, Diplomatie und Militär mit Fachleuten aus Nahost, den amerikanischen Universitäten und Think Tanks zusammen.

Jedoch sind es nicht nur Kräfte von außen, die den liberalen Westen unter Druck setzen. Im Innern nagen populistische Vereinfacher mit destruktiven Kampagnen und unerfüllbaren Versprechungen am sozialen Zusammenhalt und an der Identität der offenen Gesellschaften. Besonders besorgniserregend sind die vielfältigen Verbindungen zwischen diesen inneren und äußeren Feinden der liberalen Ordnung, etwa Russlands finanzielle Unterstützung für den französischen Front National oder die Verbreitung von ausländischer Propaganda über (Internet-)Medien.

Mit den in diesem Zusammenhang stärker gewordenen Diskursen zu Religion und Politik ist das Grundrecht der Religionsfreiheit in den Fokus gerückt. Die Konferenz „Multinational Efforts to Promote Freedom of Religion or Belief“ brachte etwa 100 Parlamentarier aus 45 Staaten und rund 150 hochrangige Repräsentanten der Weltreligionen, Beobachter aus Diplomatie und NGOs in New York und zeitgleich zur UN-Vollversammlung zusammen.

Ein zentrales Problem des Westens besteht darin, seinen Feinden in die Hände gespielt zu haben. Er hat seine eigene Kraft überdehnt und zugleich seine moralische Autorität geschwächt. Der völkerrechtswidrige Irak-Krieg, die Dehnung des Rechts im Umgang mit Terrorverdächtigen nach dem 11. September 2001, die zerstörerischen Auswirkungen des Kapitalismus in der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – solche Entwicklungen machen es anti-liberalen Akteuren leicht, den Westen als doppelzüngig, fehlgeleitet und überkommen darzustellen.

Dabei ist der Westen in der Substanz überwältigend stark. Mit Blick auf Wirtschaftsleistung, Innovationskraft, demografische Entwicklung, Energieunabhängigkeit und militärische Möglichkeiten brauchen die USA nach wie vor keine andere Macht zu fürchten. Für Europa ist die Lage weniger rosig, aber eine politisch einige Europäische Union bliebe eine Versicherung für Wohlstand und Stabilität.

2016 organisierte die Stiftung in den USA Dialogprogramme zu Innovation, Wirtschaft und Handel. Fachgespräche mit Vertretern der US-Wirtschaft trugen dazu bei, den Dialog über eine transatlantisch abgestimmte Handels- und Innovationspolitik zu fördern. Im Silicon Valley nahm die Stiftung zudem Internet-getriebene Firmen in den Blick und untersuchte deren Bedeutung für unsere Werte und die Fortentwicklung der modernen Weltordnung.

Wie das Schlagwort vom „postfaktischen Zeitalter“ zeigt, geht es aber bei den derzeitigen Verwerfungen gar nicht um diese traditionellen Maßeinheiten von Macht. Westliche Gesellschaften durchlaufen eine Krise ihrer (politischen) Kultur, ihres Selbst-Bewusstseins – nicht in erster Linie der ökonomischen oder militärischen Sicherheit. Die zentrale Aufgabe der westlichen Eliten besteht daher darin, öffentliches Vertrauen in ihre Steuerungsfähigkeit und Legitimation zurückzugewinnen. Das wird ohne eine positive Agenda für mehr Subsidiarität und intensivere Einbindung gesellschaftlich engagierter Bürger nicht gelingen. Dazu gehört auch offenzulegen, wie kurzsichtig und gefährlich die anti-liberalen Alternativen sind. Ihre Ordnung wäre nicht global, sondern aus geografischen Einflusszonen gebaut, in und zwischen denen das Recht des Stärkeren gilt. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht im deutschen Interesse sein kann und allen politischen Traditionslinien der Bundesrepublik widerspricht.

Der künftige Wohlstand hängt davon ab, wie es im Spannungsfeld von Old und New Economy gelingt, Rahmenbedingungen für das Miteinander beider zu fördern.

DIGITALISIERUNG UND WOHLSTAND VON MORGEN

Matthias Schäfer | Dr. Pencho Kuzev

Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen haben den Zustand des Krisenhaften überwunden. Deutschlands Wirtschaft ist weiterhin robust und auch in den Krisenländern der Europäischen Union gibt es Zeichen der Erholung. Die Phase der Beruhigung ist aber keinesfalls sicher. Die neuen geopolitischen Entwicklungen, wie beispielweise ein zunehmender Protektionismus, Autoritarismus und Populismus, stellen die politische Ordnung und die Perspektive wirtschaftspolitischen Wohlstands infrage. Damit steht die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrer Verbindung aus Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat vor neuen Bewährungsproben. Ein Wirtschaftssystem, das auf stabilen Grundlagen fußt und überzeugende Antworten findet, wird Zukunft haben, weil es längerfristig bessere Marktergebnisse liefert und die Bevölkerung dies anerkennt.

Eine dieser Antworten spielt sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft ab. Hier stellen sich Fragen der Gründerdynamik und des Unternehmertums, der Innovationsfähigkeit und der Bereitstellung unserer digitalen Infrastruktur. Der wertschöpfende Beitrag der Digitalisierung bietet eine große Chance – vor allem, weil sie von allen gleichermaßen genutzt werden kann. Gleichzeitig stellt sie jedoch die etablierten Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten infrage. Ansatzpunkte zur konkreten Ausgestaltung dieser Gedanken bieten sich in der Befassung mit den Themen Digitalisierung und Wohlstand aus dem speziellen Blickwinkel unserer Arbeit sowie in der Stärkung von Gründerkultur und Unternehmertum. Dabei wurden verschiedene Akzente gesetzt: Gründerkultur, Arbeitsmarktpolitik, Netz- und Datenpolitik.

Arbeitsmarktordnung in der digitalisierten Welt

Weite Bereiche unseres Lebens werden digital erfasst. Daten werden zur Ressource der Zukunft. Ihr Wert für die Gesellschaft wird mehr und mehr erkannt. Digitale Innovationen treiben eine Zeitenwende voran: Flexibilität, schnelle Anpassungsfähigkeit und höhere Effizienz gewinnen zusätzlich an Bedeutung. Diese Entwicklung wirkt sich auf verschiedene Bereiche unserer Arbeitsmarkt- und Sozialordnung aus: Das traditionelle Verhältnis zwischen einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeber (Festanstellung) wird durch neue Formen ergänzt. Die Art, wie die Arbeit in Start-ups und etablierten Unternehmen durchgeführt wird, gestaltet sich vielfältiger: Arbeitsort und -zeit können flexibler gestaltet werden. Gleichzeitig ändern sich die Tätigkeitsfelder vieler Berufe und dadurch die Anforderungen an die Fähigkeiten der Arbeitnehmer.

Der Mittelstand ist für mehr als die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung verantwortlich. Die Digitalisierung gibt dem Unternehmertum neue Impulse. In scheinbarem Kontrast dazu steht das dynamische Umfeld der innovativen Start-ups mit beschleunigten Wachstumsraten einerseits und deren möglicher Übernahme nach nur wenigen Jahren andererseits. Das Spannungsfeld der Kulturen von Old und New Economy wird die Wirtschaftspolitik beeinflussen. Der künftige Wohlstand wird außerdem davon abhängen, dass anpassungsfähige Rahmenbedingungen das Mit- und Füreinander zwischen beiden Welten fördern und das Gründen und Entwickeln unternehmerischer Ideen erleichtern.

Im Einzelnen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 in ihrer Arbeit mehrere Akzente gesetzt: In einer Studie wurde die Digitalisierung ordnungs-

politisch vermessen und in das bestehende Regelwerk eingeordnet. Möglichkeiten der Gründerpolitik wurden mit vielfältigen Publikationen und Veranstaltungen sowie der Initiative Entrepreneurship konkretisiert. Das Gründernetzwerk der Altstipendiaten gab wichtige Impulse beim Austausch zwischen den Vertretern von Politik und dem Start-up-Ökosystem.

Dateninfrastruktur für den Wohlstand von morgen

Die offenen Daten und deren wirtschaftliche Potenziale für Start-ups bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Unsere Beratungsprodukte förderten den Open-Data- und -Government-Gedanken als Angelegenheit von grundsätzlicher politischer und unternehmerischer Bedeutung. Es wurden konkrete Konzepte für eine effiziente Verwaltung vorgelegt und Vorteile für eine offene Regierungsführung aufgezeigt. Im Anschluss an die Untersuchung der volkswirtschaftlichen Potenziale von Open Data gab die Stiftung konkrete gesetzgeberische Empfehlungen, wie diese zu erzielen sind.

Die Tatsache, dass unsere Netzinfrastruktur begrenzte Kapazität bietet und massive Investitionen erfordert, prägte unsere Beteiligung in der Netzneutralitätsdebatte. Die Gewährleistung des offenen Internets ist genauso wichtig wie die Sicherstellung des Innovationspotenzials Europas bei der Gestaltung der digitalen Infrastruktur. Mit unserer erstmaligen Beteiligung an einer EU-Konsultation befürworten wir Marktergebnisse, die unserer Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft entsprechen. Das heißt: Die verfügbaren und die neu zu schaffenden Netzressourcen müssen effektiv und auf die beste Art und Weise im Rahmen einer eindeutig definierten Ordnungspolitik verwendet werden.

Die Unterscheidung in städtische Modernisierungsgewinner und ländliche Modernisierungsverlierer greift zu kurz. Es lohnt sich, die konkrete Situation zu betrachten.

STADT UND LAND

Stephan Raabe | Philipp Lerch

Das Thema Stadt und Land erobert seit geraumer Zeit die Titelseiten großer Zeitschriften. Dahinter verbirgt sich die verbreitete Sorge, dass Deutschland auseinanderdriften könnte: auf der einen Seite städtische Ballungsräume, die boomen, ja geradezu aus allen Nähten platzen; auf der anderen Seite manche ländliche Region, die von Auszehrung bedroht und von Entwicklungen abgehängt wird. Im Osten heißt es bisweilen etwas frustriert, dass mancher entvölkerte Landstrich demnächst „dem Wolf überlassen“ werden könne.

Durch diese Entwicklung, die mit Fragen der Bevölkerungsentwicklung wie auch mit Wanderungsbewegungen (Zuwanderung, Landflucht, Urbanisierung) zusammenhängt, entstehen langfristige Struktur- und Integrationsprobleme, die besonderer politischer Aufmerksamkeit bedürfen. Das Bemühen um die

Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands wird auf die Probe gestellt. Es gilt, neben den klassischen Problemen von Arm und Reich, Jung und Alt oder Ost und West das Entstehen eines weiteren sozialen Spannungsfeldes Stadt und Land zu vermeiden. Es geht darum, aus vorhandenen Krisenphänomenen produktive Impulse zu entwickeln, damit einzelne Bevölkerungsteile sich nicht „abgehängt“ fühlen, sich politisch abwenden oder Randgruppen zuwenden.

Stadt und Land bedingen einander

Deshalb hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung 2015/16 mit einem jahresübergreifenden Aktionspaket den Aspekten und Dimensionen von Stadt und Land gewidmet. Stadt und Land bilden keinen

strikten Gegensatz, sondern sind Einheiten im Wandel, die in vielfältiger Weise zusammenhängen und aufeinander bezogen sind. Dabei reicht die Bandbreite von dünn besiedelten peripheren Gebieten bis hin zu hochverdichteten Metropolen und Stadtregionen mit weiten ländlichen Einzugsgebieten. So unterschiedlich die konkreten Verhältnisse jeweils vor Ort sind, so verschiedenartig müssen auch die politischen Ansätze sein.

Zu fragen ist etwa: Wie entwickeln sich die verschiedenen Räume in Bezug auf Städte und ländliche Gebiete? Welche Rolle spielen Infra- und Bevölkerungsstruktur, Verkehrsverbindungen, Qualität von Politik und Verwaltung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Sicherheit, bürgerschaftliches Engagement und lokale Identität? Wie können Konzepte für eine wirkungsvolle und finanzierbare Daseinsvorsorge aussehen? Können Demografie- und Zuwanderungsstrategien Lösungen bieten? Vor welchen Herausforderungen stehen die Parteien und die kommunale Selbstverwaltung vor Ort?

Stadtlust und Landfrust?

Nicht nur die Entgegensetzung von Stadt und Land, auch die pauschale Einsortierung in städtische Modernisierungsgewinner und ländliche Modernisierungsverlierer greift zu kurz. Wer näher hinschaut, nimmt Unterschiede wahr, zwischen verschiedenen Landstrichen, zwischen dieser und jener Stadt sowie differenzierte Übergänge von Stadt und Land. Es gibt sowohl von Auszehrung betroffene Städte als auch prosperierende ländliche Regionen.

Es lohnt sich, im jeweiligen konkreten Fall genau zu prüfen, wie zielführend der in ländlichen Regionen

häufig eingeschlagene Weg der Zentralisierung, etwa in Form von Gebiets- und Verwaltungsstruktur-reformen, ist. Kann eine mögliche Kosteneffizienz tatsächlich längere Wege, erschwertes kommunalpolitisches Engagement und strukturelle Ausdünnungen kompensieren? Können nicht auch durchdachte Regionalisierungsmaßnahmen, die subsidiäre Delegation von Aufgaben, die Stärkung der Selbstverwaltung von Gemeinden und Kreisen sowie eine funktionale Kooperation sinnvolle Alternativen für ländliche, strukturschwache Regionen sein? Nicht zuletzt kommt der Digitalisierung mit ihren Möglichkeiten der Anbindung, Integration und Überwindung von Distanz bei der Gestaltung von stadtfernen Zukunftsräumen eine zentrale Rolle zu. Es stellt sich zudem die Frage, ob die „pro Kopf“ bezogenen Finanzausweisungen an Kommunen dem Erhalt der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen noch überall gerecht werden.

In einer bundesweiten Vielzahl von Veranstaltungen und Projekten, in Fachgesprächen, Foren und Workshops zu Strategien in Stadt und Land, beim Kommunalkongress „Heimat bilden“ in Erfurt, in der Themenreihe „Zukunft der Stadt – Stadt der Zukunft“ u. a. in Hamburg und Berlin sowie auf einer Transformationskonferenz zur „Zukunft des Dorfes“ in Niedersachsen haben die Politischen Bildungsforen in den Bundesländern und die Kommunal-Akademie der Stiftung das Thema in viele Städte und auf das Land getragen. Beispielhafte Initiativen und neue Ideen kamen ebenso zur Sprache wie grundsätzliche Fragen und konkrete Strategien. Die Handreichung zur Politischen Bildung „Europa vor Ort. Kommunen, Bürgerschaft, Förderprojekte“ stellt das Thema in den europäischen Kontext. Das Arbeitspapier „Stadt und Land – Zeit für neue Ideen“ beschreibt Hintergründe und Entwicklungstrends.